## Kleine politische Meldungen.

**Die Engländer vor Swinemünde.** Die Kommandantur und der Soldatenrat von Swinemünde erlassen einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem es u. a. heißt: Es muß darauf hingewiesen werden, daß es nicht ausgeschlossen erscheint, daß englische Seestreitkräfte vor wichtigen Stützpunkten an der deutschen Küste erscheinen und eventuell unsere Demobilmachung kontrollieren. Swinemünde als Hafenplatz für Berlin kommt unter Umständen hierfür auch in Betracht. Die Bevölkerung von Swinemünde muß sich bewußt sein, daß sie allen Reibungen mit fremden Truppen aus dem Wege zu gehen hat.

**Gegenrevolution in Hamburg?** Vorgestern herrschte große Aufregung in Hamburg. Am Stadthaus trafen zahlreiche Automobile mit Maschinengewehren und Munition ein. Es verlautet, daß ein starke bewaffnete Macht die Regierung stürzen will, um der gemäßigten Elementen zur Herrschaft zu verhelfen.

**Bildung einer Weißen Garde in Deutsch-Oesterreich.** Das „Fremdenblatt" berichtet aus Linz und anderen Provinzorten, daß aristokratische konservative Kreise sich mit der Bildung einer sogenannten Weißen Garde befassen zum Zwecke der Wiederherstellung des alten Regimes. Die leitenden Männer Deutsch-Oesterreichs seien über die Bewegung unterrichtet. Ohne die Gefährlichkeit der in der Bildung einer Weißen Garde gelegenen Pläne zu überschätzen, werde man etwaige Störungen der Entwicklung der Republik Deutsch-Oesterreich durch diese Kreise nicht dulden.

**Ein Verfahren gegen Ferdinand von Bulgarien?** Dem Pariser „Temps" zufolge beschlossen die Regierungen der Entente, ein gerichtliches Verfahren gegen den König Ferdinand von Bulgarien zu fordern.

**Vor dem Sturz der Bolschewiki?** Die Berliner „Sozialistische Korrespondenz" berichtet: Nach zuverlässigen Nachrichten ist von der Sowjetregierung angeordnet worden, daß das Kriegsschiff „Aurora" an der Newamündung stets unter Dampf gehalten wird. 14 Kommissare beabsichtigen, im Falle der Gefahr mit dänischen Pässen nach Kopenhagen auszureisen. Falls dort eine Landung unmöglich sein sollte, wird die Weiterreise nach Brasilien geplant. Eine Bekräftigung erfährt diese Meldung dadurch, daß viele Führer der russischen Bolschewisten ihre Familien und ihr Vermögen schon bei den sozialrevolutionären Putschen im Juni, ins Ausland, besonders in die Schweiz, gesandt haben.

**Die britischen Gesamtverluste.** Der Unterstaatssekretär für den Krieg Macpherson sagte im englischen Unterhause, daß bis zum 4. November 1918 die britischen Gesamtverluste an Toten, Verwundeten, Vermißten und Gefangenen ausschließlich der Luftstreitkräfte, aber mit Einschluß der Dominions und Indiens, 3 049 991 Mann betrugen.

# Von Stadt und Land.

Aue, 23. November.

**Zur heutigen Versammlung im „Bürgergarten".** Ernst ist die Stunde. Sie fordert, daß das gesamte Bürgertum unseres Landes sich zusammenschließt, um der dräuenden Gefahr des Bolschewismus kraftvoll zu begegnen. Das deutsche Bürgertum kann und darf von der Bestimmung über sein zukünftiges Geschick nicht ausgeschaltet werden. Es hat den berechtigten Anspruch darauf, gemäß seiner Bedeutung im Volksganzen bei der Neuordnung der Dinge im Reiche und im Einzelstaat den gebührenden Platz einzunehmen. An der baldigsten Wiederherstellung der Ordnung haben alle Volksgenossen das gleiche unmittelbare Interesse. Kalten Blutes verfolgen unsere Feinde die Entwicklung der Dinge bei uns, nur zu gerne bereit, ein Chaos in Deutschland als geeigneten Vorwand zu einem Einmarsch in Deutschland zu benutzen. Das muß verhütet werden, wie es verhütet werden muß, daß der Weg zum baldigen Friedensschluß durch unsere inneren Zustände versperrt wird. Nur die rascheste Einberufung einer Nationalversammlung kann die ersehnte Klärung und Ordnung bringen. Zum Zwecke der Vorbereitung der Wahlen dazu wird heute Sonnabend Abend 8 Uhr eine Versammlung im „Bürgergarten" stattfinden, in der Herr Schuldirektor Vorwerk die Aufgaben des demokratischen Bürgertums in dieser geschichtlichen Stunde darlegen wird. Keiner bleibe dieser Versammlung fern, ob Mann, ob Frau! Jeder einzelne helfe durch seinen Besuch der Versammlung, drohende Gefahren zu bannen und an der Wiederkehr geordneter, gesunder Zustände mit zu arbeiten!

### Sitzung des Bezirksausschusses.

Unter Vorsitz von Amtshauptmann Dr. Wimmer fand am Donnerstag in Aue eine Sitzung des Bezirksausschusses statt. Die Tagesordnung umfaßte 33 Gegenstände. Genehmigt wurden Nachträge zum Ortsgesetz für die Gemeinde Neuheide und zum Ortsgesetz für die Hochdruckwasserleitung in Grünhain, der ortsgesetzliche Beschluß des Gemeinderats zu Sosa wegen Gewährung eines Teuerungszuschlags zu den Tagegeldersätzen für die Gemeindebeamten, sowie die Erhebung eines Teuerungszuschlages von 5 Pfg. für den Schornstein zur Friedenstage des Mehrlohnes durch die Schornsteinfeger des Bezirks. Kenntnis genommen wurde von den Verordnungen des Ministeriums des Innern bezw. der Erhöhung der Unterstützungen für Kriegerfamilien, von den Mitteilungen der Vieh- und Fleischverteilungsstelle in Aue über den Stand der Schlachtviehbelieferung des Bezirks und von dem Bericht über die Tätigkeit des landwirtschaftlichen Erkundungsunteroffiziers bei der Kriegswirtschaftsstelle Schwarzenberg. Der Bezirksversammlung soll die Bewilligung der zur Deckung des Bedarfs an Unterstützungsgeldern für Kriegerfamilien und Kriegserwerbslose weiter erforderlichen Mittel sowie die Erhebung einer Bezirkssteuer von 10 Prozent der Staatssteuern im Jahre 1919 vorgeschlagen werden. Von den 10 Prozent Bezirkssteuern sind 3½ Prozent zur Deckung des Bedarfs für die Friedensaufgaben einschl. von Beihilfen für Notstandsarbeiten und 6½ Prozent zur Bildung einer Rücklage behufs künftiger Abbürdung der dem Bezirksverband durch die Kriegsaufgaben erwachsenen Lasten bestimmt. Ein Restbetrag von der Reichsbeihilfe zur Beschaffung von Hausbrandkohle für die minderbemittelte Bevölkerung soll ärmere Familien verteilt werden. Den Gemeinden soll die Regelung der Erwerbslosenfürsorge im Rahmen der Grundsätze für die Textilarbeiterfürsorge empfohlen werden. Die Gesuche mehrerer Fleischerei-Inhaber in Eibenstock und der Fleischerinnung in Schönheide um Abstandnahme von der Zentralisation der Wurstherstellung wurden im Hinblick auf die Vorteile, die der Bevölkerung durch die Zentralisation erwachsen, abgelehnt. Mit den Maßnahmen zur Versorgung des Bezirks mit Kartoffeln und mit den vorgesehenen Einrichtungen zur Milchkontrolle wurde Einverständnis erklärt. Der Verlängerung der Gültigkeitsdauer des mit kurzer Umlaufsfrist ausgegebenen Notgeldes bis 15. Januar 1919 wurde zugestimmt.

An der Sitzung nahmen 7 Mitglieder des Bezirksausschusses sowie 2 Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates für die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg teil.

**Schutz den Wasserleitungen!** Bei der anhaltenden Kälte sei nochmals auf die Bekanntmachung des städt. Wasserwerkes vom 2. 11. 1918 — Schutz der Hauswasserleitungen gegen Frost betr. — hingewiesen. Die dazugehörigen Vorschriften sind im Drucke erschienen und gegen Erstattung der Druckkosten im städt. Wasserwerk, Mehnertstr. 14, zu haben.

**Keine Erhöhung der Brotration?** Aus Berlin melden die „Dresd. Nachr.": Eine Erhöhung der Brotration vom 1. Dez., wie sie in Aussicht genommen war, wird nicht möglich sein ohne Entspannung der gegenwärtig bestehenden Zufuhrschwierigkeiten. Wenn wir keine Zufuhren aus dem Auslande erhalten, wird es sehr zweifelhaft sein, ob wir mit der erhöhten Ration bis zum Schlusse des Erntejahres ausreichen. — Ein norwegisches Blatt hat erfahren, die englische Blockade bewirke, daß Deutschland nicht einmal die Fischmengen, auf die es gemäß dem amerikanischen Abkommen rechtmäßigen Anspruch habe, bekommen könne. Deutsche, dänische und schwedische Schiffe mit bedeutenden Ladungen norwegischer Fische lägen in den Ostseehäfen bereit, könnten aber wegen der englischen Blockade nicht über die Ostsee kommen.

**Der Reichskommissar für Kohlenverteilung** weist erneut daraufhin, daß die Durchführung der Kohlenversorgung infolge der Rückgangs der Förderung, durch Krankheiten unter der Belegschaft, durch Kürzung der Arbeitszeit, starken Wagenmangel und ähnlichen Umständen eine äußerst schwierige ist und daß es in der Uebergangszeit gelten muß, mit äußerster Sparsamkeit sich der Lage zu fügen. Es ist dies während der kalten Jahreszeit eine recht harte Notwendigkeit, hoffentlich gehört das aber zu den letzten unmittelbar fühlbaren Nachwehen des Krieges, die nun einmal ertragen werden müssen.

**Einziehung von Schnellzügen.** Die kürzlich durchgeführte Einziehung einer größeren Zahl von Personen- und Schnellzügen reicht noch nicht aus, um die jetzt allem vorgehende Heimbeförderung der Truppen neben der dringlichsten Lebensmittel- und Kohlenbeförderung sicher zu stellen. Wie in den anderen Bundesstaaten, macht sich auch in Sachsen zeitweilig die fast völlige Aufhebung der Schnellzüge für den öffentlichen Verkehr nötig. Vom 23. November an kann vorübergehend auf allen sächsischen Linien, auf denen überhaupt noch Schnellzüge verkehren, nur mehr ein Schnellzug in jeder Richtung für den öffentlichen Verkehr abgelassen werden. Ein Verzeichnis dieser Züge wird auf allen Stationen angeschlagen.

**Die Verlustliste der Kgl. Sächs. Armee Nr. 560** ist erschienen und kann in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

**Einmalige Teuerungszulage für die sächs. Beamten.** Wie man in Dresden an zuständiger Stelle erfährt, ist beabsichtigt, die neuerdings den Reichsbeamten in Aussicht gestellte abermalige Teuerungszulage auch den sächsischen Beamten zuteil werden zu lassen.

**Ein Aufruf an die sächsischen Landwirte.** Landeskulturrat, landwirtschaftliche Kreisvereine, Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Verband der Landwirte veröffentlichen folgenden Aufruf: Landwirte Sachsens! Größte Gefahr ist im Anzuge! Das Ernährungssystem bricht zusammen, wenn es nicht gelingt, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Die Not steigt dann ins entsetzlichste. Unser Wirtschaftsleben wird vollends zugrunde gerichtet. Unter solchen Verhältnissen haben alle Gegensätze zurückzutreten. Jeder hat dann mitzuwirken, daß die Lebensmittelzufuhren keine Unterbrechung erfahren. An die Landgemeinden ist die Aufforderung ergangen, unverzüglich Ortsausschüsse zur Sicherstellung der Volksernährung zu bilden. Sie sind paritätisch zusammenzusetzen, d. h., es haben ihnen Vertreter der Erzeuger und Verbraucher in gleicher Zahl anzugehören. Den Ortsausschüssen liegt es ob, bei der Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse mitzuwirken, vor allem den verderblichen Schleichhandel zu unterbinden. Eine weitere wichtige Aufgabe besteht darin, für geordnete Verhältnisse in der Gemeinde Sorge zu tragen. Dazu gehört in erster Linie die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für die heimkehrenden Krieger. Können diese nicht in den einzelnen Betrieben untergebracht werden, so müssen besondere Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden, was keiner Gemeinde schwer fallen dürfte. Landwirte! Nehmt den regsten Anteil an der Tätigkeit dieser Ausschüsse! Unterstützt sie, wo und wie ihr nur könnt. Keiner bleibe abseits. Jeder stelle sich in den Dienst der guten Sache. Es gilt, das Vaterland aus schwerster Gefahr zu retten!

**Millionen Zentner Kartoffeln und Rüben in Gefahr.** Ueber Westpreußen ging seit vorgestern ein starker Schneefall nieder. Dadurch wird die Einerntung von Millionen Zentnern Kartoffeln und Rüben, die durch die herrschende Grippe und das Abrücken der russischen Kriegsgefangenen verzögert worden war, zur Unmöglichkeit. Die Felder sind zentimeterhoch mit Schnee bedeckt.

**Großer Verwundetenzustrom nach Sachsen.** Da in den nächsten Tagen und Wochen ein außerordentlicher Zustrom von Verwundeten und Kranken erwartet werden muß — für das 19. Armeekorps kommen mindestens 30 000 Mann in Frage — ist es unbedingt erforderlich, daß eine ausreichende ärztliche Versorgung unter allen Umständen gewährleistet ist. Nur aus diesen Erwägungen heraus hat der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen, daß die Militärärzte, wenn nicht absolut zwingende Gründe vorliegen, bis auf weiteres nicht entlassen werden dürfen.

**Die Selbstverwaltung der sächsischen Gemeinden.** Die Vertreter der sächsischen Gemeinden (Vorstand des sächsischen Gemeindetages, Ausschuß der sächsischen allgemeinen Bürgermeistervereinigung, Vertreter der Vereinigung der Bürgermeister und Gemeindevorstände, Vertreter der bezirksfreien Städte) traten in Dresden zusammen, um zu der in dem Aufruf der neuen sächs. Regierung enthaltenen Ankündigung über die Selbstverwaltung der Gemeinden und das Gemeindewahlrecht Stellung zu nehmen. Dabei ergab sich eine so verschiedene Lage in den verschiedenen Gemeindegruppen, daß beschlossen wurde, beim Gesamtministerium den Antrag zu stellen, vor Weiterem die Vertreter der sächsischen Gemeinden in einer Besprechung des Gesamtministeriums zu hören, weil man von einer schematischen Regelung große Nachteile, namentlich für die Ernährung, befürchtet. Der entsprechende Antrag ist dem Ministerium des Innern überreicht worden.

**Preise für Kunsthonig.** Die Erhöhung der Zuckerpreise hat eine Neuregelung der Kunsthonigpreise erforderlich gemacht. Nach der vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamts erlassenen Verordnung über Kunsthonig vom 8. November 1918 (R. G. Bl. 150) beträgt der Kleinhandelspreis für Kunsthonig bei Abgabe in Paketen oder Dosen bis zu 1 Kilogramm Reingewicht 80 Pfg. einschließlich Verpackung, bei losem Verkauf (Ausstich aus größeren Gefäßen) 78 Pfg. für das Pfund. Das bedeutet eine Erhöhung um 5 Pfg.

**Die Rückkehr der deutschen Gefangenen gesichert.** Die deutsche Waffenstillstandskommission macht bekannt. In weiten Volkskreisen werden Gerüchte verbreitet, wonach deutsche Kriegsgefangene nach Friedensschluß zum Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Frankreichs verwendet werden sollen. Diese Gerüchte stützen sich auf den Umstand, daß Deutschland bereits bei Abschluß des Waffenstillstands die feindlichen Kriegsgefangenen zurückgegeben hat, seine eigenen aber nicht erhält. Alle diese und ähnlichen Meldungen sind vollkommen unbegründet. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat vielmehr vor Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen des Marschalls Foch zugunsten unserer Kriegsgefangenen folgendes erreicht: 1. Die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und der Schweiz interniert sind, wird wie bisher weitergehen. 2. Alle zugunsten der Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges geschlossenen Verträge (Behandlung, Beköstigung, Beschäftigung der Kriegsgefangenen, Sonntagsruhe usw.) bleiben für die deutschen Kriegsgefangenen unverändert in Kraft. 3. Die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat wird bei Abschluß des Präliminarfriedens geregelt werden.

**Was die Offiziere wollen.** In einer Zuschrift an ein Chemnitzer Blatt heißt es: Die Offiziere wünschen, ihrem Vaterlande zu helfen. Sie wünschen, daß dies unter Aufhebung der bisherigen entehrenden Bedingungen ermöglicht wird. Sie wünschen: 1. Achten der Offiziersuniform; Belassen der Rangabzeichen und der Waffen (letzteres vielleicht unter gewissen Bedingungen); 2. Wahrung des Anstandes dem Offizier gegenüber, auch wenn auf Pflicht der Ehrenbezeugung verzichtet wird; 3. Sicherstellung des Gehaltes und der Pension wie bei allen anderen Berufen.

**Auflösung eines Stadtverordnetenkollegiums durch Waffengewalt.** In der vorgestrigen Sitzung der Stadtverordneten zu Chemnitz verlas zu Beginn Justizrat Beutler ein Schreiben, worin der Stadtpräsident Kranold mitteilte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat das Kollegium aufgelöst habe. Der Vorsteher erklärte danach, daß die Auflösung nur durch das Ministerium des Innern erfolgen könne. Da dies nicht erfolgt, beginne er die Sitzung. Darauf erschien Bürgermstr. Arllart, teilte im Namen des Stadtpräsidenten nochmals die Auflösung mit und fügte hinzu, daß die Auflösung andernfalls durch Waffengewalt erfolgen werde. Justizrat Beutler bemerkte, er sehe dem Auftreten der Waffengewalt entgegen. Darauf erschien Stadtpräsident Kranold an der Spitze von vier bewaffneten Soldaten und forderte zum Verlassen des Stadtverordnetensitzungssaales auf. Justizrat Beutler erklärte, daß nunmehr das Kollegium der Waffengewalt weichen müsse.

**Das Tragen republikanischen Abzeichen in Sachsen** ist jetzt, nachdem die bestehenden Verbote durch das sächsische Gesamtministerium aufgehoben worden sind, wieder gestattet.

**Ein neues Ministerium in Sachsen.** Durch Beschluß des sächs. Gesamtministeriums ist aus den bisherigen Abteilungen III (Handel und Gewerbe) und V (Landwirtschaft und Landeslebensmittelamt) des Ministeriums des Innern ein neues Arbeits- und Wirtschaftsministerium gebildet worden. Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium ist dem Volksbeauftragten Schwarz übertragen worden.

**Das Tanzverbot bleibt bestehen.** Auf wiederholte Anfragen teilt das Presseamt des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Dresden mit, daß alle bisherigen Bestimmungen, nach denen die Veranstaltung öffentlicher Tanzvergnügen verboten war, bis auf weiteres bestehen bleiben müssen. — In Chemnitz dagegen ist das Tanzverbot polizeilich aufgehoben worden.